

Sofortmaßnahmen zur Entlastung der Bürger:



Grundsätzlicher Schutz der arbeitenden Mittelschicht, von Rentnern und Studenten



Bezahlbare Energiegrundversorgung durch Preisdeckel bei Strom und Gas



Keine Strom- und Gassperren



Erhöhung der Pendlerpauschale ab dem ersten Kilometer rückwirkend zum 01. Januar 2022

Ostdeutschland darf nicht benachteiligt werden.



Energieversorgung sichern – Bevölkerung und Unternehmen sofort entlasten

Die CDU-Landtagsfraktion hat auf der letzten Klausur im August 2022 in Stolberg/Harz ihre Vorschläge zur Bewältigung der Energiekrise zusammengefasst. In dieser "Stolberger Erklärung" geht es um den Schutz der Bevölkerung und der Wirtschaft vor ständig steigenden Kosten.

Guido Heuer, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt: „Die Bundesregierung ist aufgefordert, sofort zu handeln. Als CDU-Fraktion unterbreiten wir konkrete Lösungsvorschläge. Die Bevölkerung und die Unternehmen müssen sofort entlastet werden.“



Ihr

Guido Heuer
Fraktionsvorsitzender

Stolberger Erklärung:

Der mühsam aufgebaute wirtschaftliche Aufschwung in Ostdeutschland droht durch das Agieren der Scholz-Regierung verspielt zu werden. Die katastrophale Tatenlosigkeit des grünen Wirtschaftsministers steuert Deutschlands Volkswirtschaft in eine Rezession mit nicht absehbaren Folgen für unseren Wohlstand und die Menschen im Land.

Maßnahmen wie das 9-Euro-Ticket, der einmalige Energiekostenzuschuss oder der Tankrabatt waren bestenfalls Marketing-Strohfeuer. Sie waren wirkungslos und viel zu kurz gedacht. Es reichen keine Worte, wir brauchen ein verantwortungsvolles Handeln.



Deshalb fordern wir von der Ampel-Regierung: Sofortmaßnahmen zur Stabilisierung der Wirtschaft:

- 1 Hochfahren der Kohlekraftwerke, klare Aussagen zum befristeten Weiterbetrieb der Kernkraftwerke
- 2 Nutzung heimischer Ressourcen zur Stromerzeugung
- 3 Insolvenzschutz für Stadtwerke, staatliche Liquiditätsunterstützung bei Zahlungsausfällen

- 4 Hilfsmaßnahmen für Mittelstand und Handwerk sowie Freiberufler, wie Energiekostenzuschüsse, Härtefall-Fonds, steuerliche Vergünstigungen, flexible Arbeitszeitregelungen und erhöhtes Kurzarbeitergeld.
- 5 Unterstützung des energieintensiven Lebensmittelhandwerks wie Bäcker und Fleischer
- 6 Vorübergehendes Aussetzen des europäischen Beihilferechts, um Unternehmen in Schwierigkeiten effektiv unterstützen zu können. Einführung von Härtefall-Fonds auf Bundesebene
- 7 Absenkung der Stromsteuer im Einklang mit europäischen Vorgaben von 2,05 auf 0,05 ct/kWh. Dies entlastet die deutsche Wirtschaft um 3 Mrd. Euro.
- 8 Sofortige Reform des Strommarktes zur Senkung des Strompreises (Leipziger Strombörse)
- 9 Absenkung der Mehrwertsteuer von 19 auf 7 Prozent bei Strom und Treibstoffen; Einführung eines Industriestromtarifs
- 10 Aussetzen von Vergabegesetzen in den Ländern und Einführung eines beschleunigten Planungsrechts für Infrastrukturmaßnahmen
- 11 Unbürokratische Hilfen über das Energiekostendämpfungsprogramm
- 12 Kurzfristige Bürokratieentlastungen auf EU- und Bundesebene (Aussetzung von Statistikpflichten, Lieferkettengesetz, Taxonomieverordnung, REACH-Verordnung, Entsendeverordnung usw.)